

## Jan Korte ist Direktkandidat für die Bundestagswahl



Gratulation vom Fraktionsvorsitzenden  
(Foto privat)

Als Direktkandidat der LINKEN zur Bundestagswahl 2017 stellte sich im Wahlkreis Anhalt wiederum unser jetziger MdB Jan Korte zur Wahl. Er wurde am 18. November während der Wahlkreisversammlung von 95,75% der anwesenden Vertreterinnen und Vertreter als unser Kandidat gewählt. Zum Wahlkreis Anhalt zählen der Landkreis Anhalt-Bitterfeld sowie aus dem Salzlandkreis die Regionen Bernburg und Staßfurt. Die beiden Kreisvorsitzenden betonten eingangs, dass die Wahl Jan Kortes von beiden Kreisvorständen einstimmig empfohlen und unterstützt wird.

Zu Beginn der Versammlung wurden vom Kreisvorsitzenden Lothar Boese einige Ausführungen zur Präsidentschaftswahl in den USA, woraus bekanntlich der fremdenfeindliche Populist Donald Trump siegreich hervorgegangen ist, gemacht. Dann folgte eine kurze Auswertung der zurückliegenden Landtagswahlen in mehreren Bundesländern. Danach meldete sich MdB Jan Korte mit einem kurzen Resümee seiner bisherigen Arbeit im Wahlkreis Anhalt und im Bundestag zu Wort. Er hat eine positive Bilanz vorzuweisen, wie z. B. die ständige Präsenz im Wahlkreis, die von vielen Bürgerinnen und Bürgern als sehr wichtig bewertet wird, nicht nur für ihn selbst, sondern auch für DIE LINKE. In 4 Wahlkreisbüros kann man sich mit Problemen und Meinungen an seine Mitarbeiter\*innen wenden. Über die Arbeit und sein Abstimmungsverhalten im Bundestag wird man auch regelmäßig in der „Korte konkret“ informiert. Außerdem wird als Dankeschön für die ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer

in jeder Region jährlich ein Grillfest organisiert, was ihm sehr am Herzen liegt. Jan Korte ist im Bundestag Mitglied des Innenausschusses und an der Aufarbeitung der deutschen Geschichte interessiert. Auch dort kann er Erfolge vorweisen, wie z. B. die lange überfällige finanzielle Entschädigung russischer Kriegsgefangener und Zwangsarbeiter. Außerdem ist er stellvertretender Fraktionsvorsitzender und innerhalb der Fraktion verantwortlich für die Bund-Länder-Koordination, welche sehr gut funktioniert.

Danach gab es für die anwesenden Genossinnen und Genossen die Möglichkeit, ihre Meinung über Jan Korte zu äußern, darunter die Landesvorsitzende Birke Bull-Bischoff, der Vorsitzende des Mietervereins Prof. Dr. Peter Kaufmann sowie der Kommunalpolitiker Ronald Maas. Die Meinungen waren durchweg positiv, lo-



Wahlkreisversammlung in Köthen (Foto privat)

bend und nachvollziehbar.

Als Ehrengäste der Veranstaltung konnten wir die Geschäftsführerin der Bundestagsfraktion der LINKEN, MdB Petra Sitte, und den Fraktionsvorsitzenden MdB Dietmar Bartsch begrüßen. Genosse Bartsch lobte in seiner Rede die Bodenständigkeit Jan Kortes, was in der heutigen Zeit keineswegs selbstverständlich ist. Als langjähriger Weggefährte von Jan Korte betonte er, wie wichtig die Rückgewinnung des Wahlkreises 71 auch ihm persönlich ist. Der bevorstehende Bundestagswahlkampf wird geprägt vom zentralen Thema der sozialen Ungleichheit in Deutschland, denn die sozialen Ängste der Bevölkerung sind real und unübersehbar. Die jetzige Bundesregierung löst keine Probleme, sondern verwaltet sie nur mit Untätigkeit. Deshalb brauchen wir einen Politikwechsel, der nur mit einer starken LINKEN möglich ist. Wie wichtig die Stärkung unserer Partei ist, verdeutlichte Dietmar Bartsch an einigen Beispielen: Bekämpfung von Jugendarbeitslosigkeit, Armut

und Kriegen. Ebenso kritisierte er den Umgang der jetzigen Regierung mit der Türkei. Dieser ist viel zu nachgiebig, nur um den bestehenden „Flüchtlingspakt“ nicht zu gefährden. Wir als Friedenspartei setzen uns mit aller Kraft dafür ein, dass keine Kriegseinsätze der Bundeswehr genehmigt werden, denn auch Deutschland ist für die Flucht vieler Menschen aus ihrer Heimat verantwortlich. Die kostenintensiven Waffenexporte tragen die Mitschuld an jetzigen und kommenden Flüchtlingskrisen.

Nach seiner erfolgreichen Wahl zum Direktkandidaten bedankte sich Jan Korte bei allen Anwesenden. Wir wünschen ihm nun einen starken Wahlkampf, bei dem er auf seine zahlreichen Helferinnen und Helfer zählen kann. Wir alle werden ihn mit ganzer Kraft unterstützen und hoffen auf ein sehr gutes Wahlergebnis.

*Elke Rehmann,  
Mitglied im Kreisvorstand*

### Inhalt:

- Seite 1  
Jan Korte ist Direktkandidat für die Bundestagswahl
  
- Seite 2  
Präsidentenwahl in den USA
  
- Seite 3  
Prof. Christoph Butterwegge - LINKER  
  
LINKER Landtagsticker
  
- Seite 4  
Die Stadt den Menschen - Zum Entwurf des Berliner Koalitionsvertrages
  
- Seite 5  
Veranstaltung mit MdB Birkwald zur Rentenpolitik
  
- Gedenken an Reichspogromnacht in Güsten
  
- Seite 6  
Wahlkreistag mit Sprachunterricht und Pasta  
Jan Korte unterwegs mit Christina Buchheim
  
- Seite 7  
Bernburger BO besuchte Friedensfahrtmuseum
  
- Bundesweiter Vorlesetag auch wieder in Güsten

# Die USA auf einem falschen Weg

Es tatsächlich Realität geworden: Am 20. Januar 2017 wird Donald J. Trump zum 45. Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika vereidigt. Trump ist eine schlechte Wahl, doch die USA ernten mit ihm, was sie mit der Tea-Party Bewegung gesät haben. Die Republikaner haben die rechten Populisten jahrelang umworben, dieses Verhalten rächt sich jetzt. Marco Rubio, ausgeschiedener Präsidentschaftskandidat, hat noch im Februar gesagt, dass es nicht sein könne, dass ein Mann ins Rennen geschickt wird, der sich weder vom Ku-Klux-Klan noch von der Ideologie einer angeblichen „Weißen Vorherrschaft“ distanziert. Ein Mann, der wegen sexueller Belästigung angeklagt ist, der alle Muslime aus den USA ausweisen will und für den Mexikaner Kriminelle sind, die mit einer Mauer aus den USA heraus gehalten werden müssen. Jetzt wird dieser Mann der Präsident. Es ist eine politische Zeitenwende.

Was die Folgen dieser Wahl sind, werden wir in den nächsten Jahren zu spüren bekommen. Egal wie oft man es auch aus den eignen Reihen hört, es ist nicht egal, wer im Weißen Haus regiert. Die Krankenversicherung Obamacare, die Rechte von Lesben und Schwulen, die Legalisierung von Cannabis in einigen Bundesstaaten: mit der Wahl von Trump wird alles auf den Prüfstand gestellt, was es an Fortschritt in den USA in den letzten acht Jahren gab. Die Hoffnungen, dass er seine im Wahlkampf herausposaunten Parolen als Präsident nicht würde umsetzen wollen, scheinen sich nicht zu bestätigen. Die bisherige Liste derer, die er in sein Kabinett berufen will, liest sich nicht gut. Jeff Sessions als Justizminister, Mike Pompeo als CIA-Direktor und Ex-General Michael Flynn als Nationaler Sicherheitsberater: alle drei sind Vertreter eines extrem strammen Rechtskurses. So hatte Pompeo 2014 die Abschaffung des Waterboardings als Verhörmethode kritisiert und erklärt,

Mitarbeiter, die auf diese Weise das Ertränken von Gefangenen vortäuschten, seien keine Folterknechte, sondern Patrioten. Flynn hatte unlängst die Angst vor Muslimen ganz allgemein als „rational begründet“ und den Islam als „Krebsgeschwür“ bezeichnet. Er sieht die USA in einem „Weltkrieg“ gegen den Islam, besonders verhasst ist ihm dabei das Regime im Iran zu dessen Sturz er schon öffentlich aufrief. Das Nuklear-Abkommen mit dem Iran lehnt er dementsprechend ab. Jeff Sessions, designierter Justizminister, sitzt bisher im Vorstand der „Breitbart News“, einer Nachrichten-Seite, die ihrerseits Schlagzeilen mit Überschriften wie „Hätten Sie lieber ein Kind mit Krebs oder mit Feminismus?“ oder auch „Verhütungsmittel machen Frauen unattraktiv und verrückt!“ macht. Zudem tat er sich schon in den 1980er Jahren mit Aussagen wie „Den Ku-Klux-Klan fand ich in Ordnung bis ich hörte, dass sie dort Cannabis rauchen“ hervor. Trump würde sicherlich von Beratern eingehegt werden, hieß es nach der Wahl. Bewahrheiten wird sich dies nicht. Ganz im Gegenteil.

Und auch, wenn er bezüglich der strafrechtlichen Verfolgung seiner Kontrahentin Clinton oder bezüglich des Mauerbaus nach Mexiko in den vergangenen Tagen etwas leisere Töne angeschlagen hat: Clinton will er nun doch nicht „einsperren“ lassen und Mexiko soll in Teilen vielleicht doch nur mit einem „Zaun“ von den USA getrennt werden - die Richtung seiner Politik wird schon deutlich. Er will zu Gunsten der Re-Industrialisierung alle Klimaschutzabkommen aufkündigen. Fracking, Kohle, Ölpipelines, alles wird erlaubt. Und auch an einem Einreise-Stopp für Muslime arbeiten die Berater Trump schon.

Aber nicht nur in den Vereinigten Staaten muss jetzt offensiv auf die einfachen, plumpen Lösungen der Populisten reagiert werden. Auch in Europa werden die rechten Kräfte mit ihren rückschrittli-

chen Forderungen nach einer Welt, die es so nie gab, lauter. Geert Wilders in den Niederlanden, Marine Le Pen in Frankreich, Viktor Orbán in Ungarn, die FPÖ in Österreich, die rechtsgerichtete polnische Regierung, die nationalistischen „Wahren Finnen“, die seit 2015 in Finnland mitregieren, die dänischen Rechtspopulisten, die dort die Regierung stützen und auch die jüngsten Wahlerfolge der AfD in etlichen deutschen Bundesländern: wir müssen nicht über den Atlantik schauen um Menschen zu finden, die anfällig sind für einfache Formeln, die ihre Leben vermeintlich besser machen werden. Die Demokraten in den USA werden umsteuern müssen. Es ist nun an der Zeit, dass die Demokraten in den Vereinigten Staaten sich auf einen neuen, progressiven Weg begeben und für die Ideen kämpfen, die Sanders aufgezeigt hat. Jetzt, da Trump Präsident ist, darf sich dieses Amerika nicht verstecken, sondern muss wirksam gegen die rückwärtsgewandte Politik der Republikaner kämpfen. Und es ist an der Zeit, dass wir umsteuern. Wir müssen jetzt mehr denn je unsere Konzepte für eine friedliche, fortschrittliche und gerechtere Welt in den Vordergrund rücken. Wir dürfen nicht aufhören, für ein sozialeres System zu streiten, das niemanden zurücklässt oder auf Grund von Herkunft, Hautfarbe, Religion oder sexueller Orientierung ausgrenzt. Rechte Parolen sind die falsche Antwort auf die Probleme vor denen wir stehen. Wir treten stattdessen für Umverteilung von Oben nach Unten, für eine gerechtere Wirtschaftsordnung und Solidarität ein. Auf einen populistischen Wettstreit um Stimmen am rechten Wählerstrand dürfen und werden wir uns nicht einlassen, denn das stärkt letztlich die rechten Parteien. Auch das ist eine Lehre aus dem Wahlsieg von Donald Trump.

*MdB Stefan Liebich,  
Obmann im Auswärtiges Ausschuss*

## LINKE gegen Teilprivatisierung der Autobahn

Etwa 13.000 Kilometer Autobahn verlaufen durch Deutschland. Bundesfinanzminister Schäuble will das Netz offenbar teilweise privatisieren. Dafür müsste das Grundgesetz geändert werden. Schäuble hat in dieser Woche im Haushaltsausschuss die Gründung einer Infrastrukturgesellschaft vorgeschlagen. Die Pläne stoßen auf breite Kritik. Wie bereits die Opposition stemmen sich auch die Industriegewerkschaft BAU und der ADAC dagegen. Vom Koalitionspartner SPD kommt ebenso ein striktes Nein.

„Wie immer bei solchen Privatisierungs-Raubzügen – ob bei der Rente, beim Woh-

nen oder im Gesundheitsbereich – ist schon jetzt klar, wer dann draufzahlen darf: Wir alle als Nutzer via Maut – ganz sicher bald nicht nur für LKW, sondern auch für PKW“, warnen LINKE-Fraktionsvorsitzende Sahra Wagenknecht und Fraktionsvize Jan Korte. Sie fordern ganz klar: „In die Tonne mit diesen absurden Plänen – keine Privatisierung der Autobahn!“

Verkehr als wichtiger Bestandteil der öffentlichen Daseinsvorsorge steht unter einem erheblichen Privatisierungsdruck. Straßen werden immer öfter von privaten Unternehmen gebaut und betrieben. DIE

LINKE will Mobilität für alle gewährleisten – nicht nur für die, die sich das leisten können. Öffentlicher Verkehr muss in öffentlicher Regie durchgeführt werden und bezahlbar sein. Soziale und ökologische Standards müssen verbindlich werden. Das Angebot des öffentlichen Verkehrs ist kontinuierlich auszubauen und zu verbessern. Dazu sind die Investitionen in den Ausbau der öffentlichen Verkehrsinfrastruktur ebenso deutlich auszuweiten wie die Zuschüsse für die Verkehrsangebote.

[www.linksfraktion.de](http://www.linksfraktion.de)

# Prof. Christoph Butterwegge - LINKER Bundespräsidentenkandidat

Am 12. Februar 2017 wählt die 16. Bundesversammlung einen neuen Bundespräsidenten. DIE LINKE ist durch 94 Mitglieder in der 16. Bundesversammlung vertreten. Professor Christoph Butterwegge bewirbt sich für DIE LINKE um das Amt des Bundespräsidenten.

In einer Pressekonferenz am 21. November 2016 wurde der Kandidat der Öffentlichkeit vorgestellt. Dietmar Bartsch, Fraktionsvorsitzender im Deutschen Bundestag, dazu: „Demokratie lebt von der Alternative. Wir sind der Überzeugung, dass Christoph Butterwegge eine hervorragende Alternative in der Bundesversammlung ist. Er ist renommierter Armutsforscher, hat sich mit Rechtsextremismus befasst, mit vielen anderen Themen. Er steht für sozialen Zusammenhalt. Deshalb: Unsere Freude ist groß. Wir sind stolz einen solchen Kandidaten zu haben.“

Christoph Butterwegge berichte im Rahmen der Pressekonferenz von seinen Beweggründen für die Bewerbung um das Bundespräsidentenamt: „Mit meiner Kandidatur möchte ich die Öffentlichkeit für soziale Probleme sensibilisieren, denn obwohl die Gesellschaft immer stärker auseinanderfällt, nimmt das Establishment diesen Polarisierungsprozess nicht oder



Prof. Butterwegge (Mitte) bei einer Armutskonferenz (Foto privat)

falsch wahr. Außerdem möchte ich der weiteren Zerstörung des Wohlfahrtsstaates durch neoliberale Reformen entgegenzutreten – gerade wird die Privatisierung der Autobahnen und damit ein neuerlicher Höhepunkt der Ökonomisierung und Kommerzialisierung aller Lebensbereiche vorbereitet – sowie jenen Teilen der Bevölkerung eine politische Stimme geben, die immer stärker ausgegrenzt werden“

Zur Person:

Prof. Dr. Christoph Butterwegge, geb. 1951, Dipl.-Sozialwissenschaftler, war von Januar 1998 bis Juli 2016 Hochschullehrer für Politikwissenschaft, Mitglied der

Forschungsstelle für interkulturelle Studien (FiSt) und zeitweilig Geschäftsführer der Direktor des Instituts für vergleichende Bildungsforschung und Sozialwissenschaften an der Universität zu Köln.

1970 in die SPD eingetreten, wurde er als Juso-Funktionär 1974/75 wegen eines in den Blättern für deutsche und internationale Politik veröffentlichten Artikels mit dem Titel „Die rechte Herausforderung“ aus der SPD ausgeschlossen. Während der 1980er-Jahre wieder aufgenommen und in der Landesorganisation Bremen aktiv, trat er 2005 wegen Gerhard Schröders „Agenda 2010“, der Hartz-Gesetze und der Bildung einer Großen Koalition unter Angela Merkel (trotz einer rot-rot-grünen Bundestagsmehrheit) aus der SPD aus. Diese hatte sich während der rot-grünen Koalition so weit von ihren ursprünglichen Idealen (soziale Gleichheit, Gerechtigkeit und Solidarität) entfernt, dass er keine Basis für eine Mitarbeit mehr sah. Seither gehört er keiner Partei an, stimmt aber häufiger mit Positionen der LINKEN überein.

[www.linksfraktion.de](http://www.linksfraktion.de)

## #Landtagsticker

### Kein Haushalt der Gestaltung, sondern einer der Mangelverwaltung

Die Landesregierung brachte am Donnerstag den Entwurf für einen Doppelhaushalt 2017/2018 ein. Kein Ende der Krise in der Unterrichtsversorgung ist in Sicht, die kommunalen Krankenhäuser werden bei den Investitionen gegenüber den privaten schlechter gestellt, Kürzungen bei wichtigen Demokratieprojekten der Landeszentrale für politische Bildung, darunter dem Projekt „Schule ohne Rassismus“, die Erwachsenenbildung wird erneut geschröpft, den Kommunen droht weiteres Ungemach. DIE LINKE. Landtagsfraktion wird gerade in den genannten Bereichen ihre Schwerpunkte für die Verhandlungen über den Landshaushalt einbringen.

### Keine Müllimporte – Zulassung von Deponien anhand regionalen Aufkommens

Vor kurzem besuchte unsere Fraktion eine Bürgerinitiative in Großörner (Landkreis Mansfeld-Südharz), die sich dort gegen eine geplante Mülldeponie stark macht. Eine Mülldeponie, die Mindestabstände zu Wohnhäusern, Kleingartenanlagen, einem Sportplatz und sogar einem Kindergarten weit unterschreiten würde. Seit Jahren werden in Sachsen-Anhalt immer wieder Pläne für die Errichtung neu-

er Deponien bekannt, wobei 80 Prozent des in Sachsen-Anhalt entsorgten Mülls gar nicht von hier stammen. Im Landtag forderten wir deshalb einen Stopp der Müllimporte und die Zulassung von Deponien, die sich am regionalen Abfallaufkommen innerhalb des Landes orientiert.

### Ablehnung des Entwurfs für ein Bundesteilhabegesetz

Die Bundesregierung hat einen Entwurf für ein Bundesteilhabegesetz vorgelegt, das vor allem bei vielen betroffenen Menschen mit Behinderungen auf Empörung und Ablehnung stieß #nichtmeinGesetz. Entgegen der UN-Behindertenrechtskonvention wird das Wunsch- und Wahlrecht behinderter Menschen unter einen Kostenvorbehalt gestellt. Mit anderen Worten: Nur wenn es nicht so viel kostet, dürfen die individuellen Wünsche der Lebensplanung und -gestaltung das letzte Wort haben.

### Schulverweigerung mit pädagogischen Mitteln begegnen

Die AfD möchte für Kinder, die sich dem Lernen in der Schule verweigern, gewissermaßen ein Heim für Schwererziehbare einführen. Sie sollen in Sondereinrichtungen beschult und gegebenenfalls in geschlossenen Einrichtungen zum Umden-

ken bewegt werden. Da atmet der Geist vergangener Zeiten autoritärer Pädagogik, als es um Disziplinierung im Sinne von Gehorsam ging, als vor allem Strafen als das Mittel der Wahl galten. Da ändert auch der vergleichsweise harmlos klingende Begriff des Internats für Schulschwänzer nichts.

DIE LINKE fordert in ihrem Alternativantrag, den Problemen von Kindern und jungen Menschen – und das genau ist immer der Hintergrund – mit pädagogischen Mitteln zu begegnen: mit Schulsozialarbeiter\*innen, mit Schulpsycholog\*innen, mit pädagogischen Mitarbeiter\*innen und vor allem zunächst mit einer Unterrichtsversorgung, die den Lehrkräften nicht das allerletzte abverlangt und darüber hinaus, um letztlich keine freien Kräfte mehr zu haben, sich den individuellen Lebenslagen der Kinder widmen zu können.

**Mehr und Ausführlicheres** über Inhalte und Debatten der Landtagssitzung im November ist über den Newsletter der Landtagsfraktion zu erhalten: [www.dielinkefraktion-lsa.de](http://www.dielinkefraktion-lsa.de).

MdL Birke Bull-Bischoff,  
stellvertretende Fraktionsvorsitzende



# Die Stadt den Menschen - Zum Entwurf des Berliner Koalitionsvertrages

# #r2g

Berlin wächst. Berlin ist ein Magnet für Menschen, Investitionen und Innovationen. Aber Berlin hat auch viele Probleme. Niedrige Einkommen, hohe Mieten, eine marode Infrastruktur. DIE LINKE wird mit demselben Anspruch in die Regierung gehen, wie in den Wahlkampf: Wir wollen die Stadt den Menschen zurückgeben, die hier wohnen, arbeiten und leben. Wir wollen das man auch mit wenig Geld, ein gutes und selbstbestimmtes Leben in Berlin leben kann.

Dieser Anspruch lässt sich in drei Leitlinien für den neuen rot-rot-grünen Senat übersetzen:

- Mehr sozialer Zusammenhalt für die wachsende Stadt.
- Mehr Sicherheit in einer Welt der Vielfalt und des Wandels.
- Mehr Dialog zwischen Stadtgesellschaft und Stadtpolitik.

Diese Koalition will zusammen daran arbeiten, diese Stadt sozialer und integrativer zu machen. Eine selbstbewusste und unbequeme Stadtgesellschaft ist nicht Bedrohung, sondern Impuls und Bereicherung.

## 1. Bezahlbare Mieten für alle

Teilhabe an Stadt wird zuerst über die Frage definiert, wer überhaupt in der Stadt wohnen kann. Rot-Rot-Grün hat vereinbart, alles zu unternehmen, um Menschen mit niedrigen und mittleren Einkommen Wohnraum zu sichern. Wir brechen mit der Logik, dass einfach mehr Neubau das Problem löst. Es ist nicht egal, wer was baut und für wen.

- Der Wohnungsbestand bei den städtischen Wohnungsbaugesellschaften wird langfristig um 100.000 Einheiten erhöht - durch Neubau und Ankauf bisher privater Wohnungen. 55.000 Wohnungen sollen es bereits in dieser Legislaturperiode werden.
- Öffentliche Flächen für den Wohnungsbau sollen nur noch an kommunale Wohnungsbaugesellschaften oder an Genossenschaften vergeben werden.
- Im Bestand der Wohnungsbaugesellschaften wollen wir 60% der Wohnungen an WBS-Berechtigte vergeben, bei Neubauten 50 %.
- Bei den städtischen Wohnungsbaugesellschaften sollen die Bestandsmieten nur noch um 2% pro Jahr steigen dürfen.
- 30 % aller Neubauprojekte (einschließlich privater) sollen in Mietpreis und Belegung gebunden werden.

## 2. Armut in der Stadt offensiv bekämpfen

Die Kehrseite der boomenden Metropole ist die grassierende Armut. Die neue Koalition wird sich damit nicht abfinden und entwickelt ein Programm zur Armutsbekämpfung.

- Die Koalition wird das Landesrahmenprogramm Integrationslots\*innen und

Stadtteilmütter ausbauen. Wir werden ein Konzept für den Erhalt und die Schaffung bezahlbarer Wohn- und Gewerberäume für soziale und gesundheitliche Angebote entwickeln.

- Es sollen insgesamt 1000 Plätze bei der Kältehilfe eingerichtet werden und 100 neue Plätze in Notunterkünften für obdachlose Familien.

- Für Alleinerziehende wird ein Kleinfamilienticket bei der BVG eingeführt.

- Die Koalition setzt sich auf Bundesebene dafür ein, dass die Leistungen aus Unterhaltsvorschuss und Kindergeld nicht weiter auf die SGB II-Leistungen angerechnet werden und eine Kindergrundsicherung eingeführt wird.

## 3. Die Stadt muss wieder funktionieren - mit einem guten Öffentlichen Dienst.

Die neue Koalition will ein Jahrzehnt der Investitionen in Personal und Infrastruktur. Im gesamten öffentlichen Sektor sollen die Bedingungen guter Arbeit zur Leitlinie werden. Wir haben Milliardeninvestitionen in die öffentliche Infrastruktur der Stadt verabredet: Schulen, Kitas, Krankenhäuser, Hochschulen, Polizeidienststellen. Der Sanierungsstau muss aufgelöst werden.

- Der Personalabbau wird gestoppt. Jährlich sollen 5-6.000 Menschen neu eingestellt werden, davon ca. 1000 auf neue Stellen. Die Besoldung der Beamten soll bis zum Ende der Legislatur Bundesniveau erreichen.

- Die Bedingungen guter Arbeit sollen im gesamten öffentlichen Sektor gelten.

- Träger, die Zuwendungen erhalten, sollen zukünftig nach Tarif bezahlen und werden entsprechend ausgestattet.

- Durch Optimierung von Prozessen, Einstellungen und eine Online-Offensive sollen alle Behördentermine in 14 Tagen schaffbar sein.

- Für mehr Sicherheit bringen wir Personal auf die Straße, statt Kameras an die Laternen.

## 4. Eine soziale Stadt braucht eine Mobilitäts- und Energiewende.

Mobilität, Wärme, Energie - die Daseinsvorsorge gehört in öffentliche Hand und soll gute Leistungen für alle anbieten.

- Der Preis für das Sozialticket sinkt auf 25 Euro (dem im Regelsatz enthaltene Anteil für Mobilität).

- Die Fahrpreise werden 2017 eingefroren. Wir wollen ein neues Fahrpreissystem entwickeln, das für den Umstieg in den ÖPNV Anreize setzt.

- Die Stadtwerke sollen ein kraftvoller Akteur für die Energiewende werden. Die Koalition stützt sie mit Eigenkapital aus

und setzt damit den erfolgreichen Volksentscheid um. Wir wollen die Energienetze, aber auch die GASAG zurück in die öffentliche Hand holen.

- Rot-Rot-Grün investiert 40 Mio. Euro im Jahr in eine gute Rad-Infrastruktur.

- Die Koalition hat den Neubau neun neuer Tramlinien vereinbart.

- Der 17. Bauabschnitt der A100 wird nicht begonnen.

## 5. Eine gute Bildung für alle als Schlüssel zu sozialem Ausgleich und Integration

In einer so heterogenen Stadt wie Berlin sind die Schulen der wichtigste Ort für sozialen Ausgleich, Inklusion und Integration. Um diese Funktion ausfüllen zu können, stärkt die neue Koalition Schulen des längeren gemeinsamen Lernens und Kitas als Orte der frühkindlichen Bildung - durch mehr Personal, eine bessere Aus- und Weiterbildung sowie eine gute bauliche Infrastruktur.

- In der Gemeinschaftsschule wird der Bildungserfolg nachweislich wirksam von der sozialen Herkunft der Kinder entkoppelt. Daher soll diese Schulform als Regelschule im Schulgesetz verankert werden.

- Das Schulessen soll besser, aber nicht teurer werden. Perspektivisch wollen wir für alle Kinder ein subventioniertes Mittagessen erreichen und die Lernmittelfreiheit wiedereinführen.

- Jedes Kind bekommt einen Anspruch auf einen KiTa-Platz im Umfang von 7 Stunden ab dem ersten Lebensjahr.

- Rot-Rot-Grün wird auch in die Qualität der Kitas investieren, indem Kitaleitungen entlastet und Erzieher\*innen-Azubis besser unterstützt werden.

- 6. Berlin wird ein sicherer und guter Aufenthaltsort für Geflüchtete.

Rot-Rot-Grün macht Schluss mit Notlösungen und Missmanagement bei der Aufnahme und Integration von Geflüchteten. Wir werden nicht zulassen, dass Bedürftige gegeneinander ausgespielt werden.

- Die schnelle Unterbringung in Wohnungen statt in Massen- und Notunterkünften wurde vereinbart. Die Turnhallen sollen schnell wieder dem Sport zugänglich gemacht werden.

- Es soll keine Wohnsitzauflage geben. Die rechtlichen Möglichkeiten bei der Verhinderung von Abschiebungen werden ausgereizt. Der Familiennachzug wird erleichtert.

- Die Sprache ist der wichtigste Schlüssel zu Integration. Berlin finanziert zusätzliche Deutschkurse.

- Es soll eine Arbeits- und Bildungsberatung für alle Geflüchteten in Berlin angeboten werden.

- Die Einstellung von Migrantinnen und Migranten bei Polizei, Feuerwehr, Rettungsdiensten und in der Verwaltung soll deutlich erhöht werden.

# Renten und Rentengerechtigkeit

## Matthias W. Birkwald zu Gast in Staßfurt

Der rentenpolitische Sprecher der LINKEN, Matthias W. Birkwald, hat die Pläne der Bundesregierung gegen Altersarmut im SWR-Tagesgespräch am 24.11.16 deutlich kritisiert. Denn das bislang von Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles favorisierte Konzept einer Solidarrente helfe nach Auskunft der Bundesregierung zwar 66.000 Menschen, aber allein nach EU-Kriterien müssen 2,7 Millionen Menschen in Deutschland als arm bezeichnet werden.

Was bedeutet jedoch arm und speziell Altersarmut? Einstiegsfragen, welche Matthias W. Birkwald im Rahmen der gemeinsamen Veranstaltung der Kreistagsfraktion der LINKEN im Salzlandkreis und des LINKEN Kreisverbandes am 28. Oktober 2016 im Salzlandcenter Staßfurt umgehend beantwortete. So ist jemand arm, wenn das Einkommen, egal in welcher Form, unterhalb der statistisch ermittelten Armutsrisikogrenze liegt. LEBEN IN EUROPA (EU-SILC) hat diese Armutsrisikogrenze 2015 bei 1.033 EUR pro Monat punktiert. Dem gegenüber steht in Deutschland eine monatliche Grundsicherung für Menschen ab 65 Jahren mit 799 EUR (Juni 2016). Damit ist diese Personengruppe als arm zu bezeichnen. Von 2003 bis 2015 stieg die Betroffenenanzahl von 257.700 auf 536.121 Menschen, die eine Grundsicherung in Deutschland benötigen. Hinzu kommen Schätzungen von 1,6 Millionen Menschen, die sich aus verschiedenen Gründen nicht

trauen, Grundsicherung für sich zu beantragen. Matthias W. Birkwald geht aufgrund statistischer Auswertungen davon aus, dass 16,5 Prozent aller Menschen ab 65 Jahren unterhalb der Armutsrisikogrenze leben. Dies sind 2,7 Millionen Menschen, die weniger als 1.033 EUR pro Monat zur Verfügung haben. Dies allein ist schon erschreckend, aber der zunehmende Trend ist noch erschreckender.

Was ist nun zu tun? Das sinkende Rentenniveau und die kaum mögliche private Vorsorge in Zeiten von Niedrigzinsen und Niedriglöhnen, lassen so manch einen mutlos die Kopf senken. Ein Blick nach Österreich gibt Anreize wie es besser zu machen ist. Die österreichische Altersversorgung konzentriert sich nach wie vor weitgehend auf die umlagefinanzierte Gesetzliche Rentenversicherung (GRV). In die GRV zahlen nicht nur Arbeitnehmer\*innen ein, sondern auch Selbstständige, Beamt\*innen und Politiker\*innen werden mit einbezogen. Ein Vorgehen, welches es auch in Deutschland umzusetzen gilt. Für alle Erwerbseinkommen müssen Beiträge in die gesetzliche Rentenversicherung (GRV) gezahlt werden, die Politikerin gleichberechtigt zur Drogeriefachverkäuferin, der Arzt gleichberechtigt zum Facharbeiter und Künstler. Zu einer langfristigen Sicherung der Renten ist das Rentenniveau wieder auf 53 Prozent zu erhöhen. Dazu müssen Beiträge zur Alterssicherung wieder pari-

tätisch von Beschäftigten und Unternehmen finanziert werden. Die Rente ab 67 Jahren ist wieder abzuschaffen. Stattdessen: Nach 40 Beitragsjahren ab 60 Jahren muss man abschlagsfrei in Rente gehen können. Denn es ist unrealistisch anzunehmen, dass eine Lohnarbeit in Baugeberberbe oder einer anderen körperlich anstrengenden Branche nach 40 Jahren keine Spuren hinterlässt. Die Menschen sollten nach getaner Arbeit ein Recht haben, in Rente gehen zu können, ohne sich Gedanken um Armut und sozialen Abstieg machen zu müssen. Dazu gehört auch, dass die Ostrenten an das Westniveau anzugleichen sind und die Nachteile bei der Rentenüberleitung Ost-West zu beseitigen sind. Im vorletzten Punkt machte sich Matthias W. Birkwald für den Solidarausgleich stark, d.h. die Zeiten niedriger Löhne, der Erwerbslosigkeit, der Kindererziehung (sogenannte ‚Mütterrente‘) und Pflege müssen deutlich besser abgesichert werden, damit sie nicht zu Armutsrenten führen. All diese Maßnahmen sind anzuwenden und letztendlich sollte niemand im Alter von weniger als 1.050 Euro netto leben müssen!

Alle Anwesenden bedankten sich herzlich bei Matthias W. Birkwald für diesen zweistündigen Vortrag mit anschließender Diskussion, der an keiner Stelle Langeweile aufkommen ließ.

*Henriette Krebs,  
Fraktionsassistentin*

## Gedenken an Reichspogromnacht in Güsten

Die Ortsgruppe Saale-Wipper der LINKEN gedachte am 09. November auf dem jüdischen Friedhof in Güsten der Opfer des Faschismus. Als Redner konnten wir in diesem Jahr Klaus Magenheimer, den stellvertretenden Kreisvorsitzenden begrüßen.

Seine Rede begann er mit einigen Worten zur Geschichte und den Hintergründen die zum Pogrom führten. Unter anderem führte er aus, dass die, nach Darstellung der damaligen Führung durchgeführte „spontane Antwort“ auf den Tod des deutschen Botschaftssekretärs Ernst von Rath, nachdem dieser vom Polen Henschel Grünspan angeschossen wurden war und später seinen Verletzungen erlag, von langer Hand vorbereitet war. Denn es erfolgte zeitgleich an allen Orten in denen Juden in Deutschland lebten gleichzeitig und gleichartig.

In der ersten Nacht wurden 91 jüdische Männer und Frauen in ihren Wohnungen, am Arbeitsplatz, auf offener Straße und in Gasthäusern ermordet, zehntausende



*Rede von Klaus Magenheimer (Foto privat)*

wurden verhaftet und in vorher auf großen Ansturm vorbereitete, Konzentrationslager verschleppt.

191 Synagogen gingen in Flammen auf, 76 weitere wurden völlig vernichtet, die Feuerwehren durften nicht löschen. Unzählige weitere Synagogen, Betriebe und jüdische Geschäfte wurden zerstört und geplündert. Der Staatsapparat bereicherte sich an dem geplünderten jüdischen Eigentum sowie durch den Freikauf der In-

haftierten und schob dieses Geld getreuen Gefolgsleuten zu.

Der massenhafte Mord in direkter Folge der Pogromnacht, wie auch im Nachgang in den Konzentrationslagern, wo über 6 Millionen Menschen den Tod fanden, wurde einerseits durch die glühenden Anhänger der Nationalsozialisten, andererseits aber auch durch das bloße Wegsehen großer Teile der Bevölkerung möglich gemacht, bzw. geduldet.

Dies sollte uns auch heute bewusst sein, wenn einzelne Bevölkerungsgruppen pauschal verurteilt und unter Generalverdacht gestellt werden.

Wir leben heute in einem geeinten Deutschland, und auch das Kapitel des Nationalsozialismus gehört zu unser aller Geschichte. Jeder sollte, unabhängig von Meinung oder Gesinnung, seine Lehren aus der Vergangenheit ziehen und dazu beitragen, dass sich solch schreckliche Taten nicht wiederholen können.

*Lars Lehmann,  
Pressesprecher DIE LINKE Saale-Wipper*



# Wahlkreistag mit Sprachunterricht und Pasta

Bildung, Wirtschaft, Soziales waren die Themen am Wahlkreistag von Birke Bull-Bischoff am 7. November in Bernburg. Sie besuchte den Sprachunterricht in der Sekundarschule Campus Technicus, sprach mit den Gründer\*innen der Pastamanufaktur „Frescola Pasta“, führte eine Ladentour durch und besuchte den Füreinander-Laden.

Am Morgen war sie Gast des Sprachunterrichts für Flüchtlinge sein. 25 Kinder aus 7 Nationen, manche seit wenigen Wochen in Deutschland, manche seit einem Jahr, saßen an den Tischen. Da ist schnell klar, dass es einen hochdifferenzierten Unterricht geben muss. So übten einige Kinder Dialoge, andere fertigten sich Karten für ihre Wortschatzkisten an, oder stellten Plakate mit Dativsätzen zusammen. Das Thema der Stunde war „Geburtstag“. Manche Bräuche sind dabei universell, ob Geburtstagskuchen, Geschenke oder Geburtstagsständchen, und so wurde am Ende Happy Birthday gesungen – in sechs Sprachen. So konnten die Kinder ihre Kultur in den Unterricht einbringen. Im anschließenden Gespräch mit der Lehrerin Frau Laue und der Schulleiterin Frau Zahradnik kam das Problem der befristeten Stellen für Sprachlehrkräfte auf den Tisch. Am 31. Dezember laufen deren Arbeitsverträge aus. Wir haben eine vollkommen absurde Situation: Eine ausreichende Unterrichtsversorgung kann schon jetzt nicht mehr gewährleistet werden. Lehrerinnen und Lehrer arbeiten am Limit ihrer physischen und psychischen Belastbarkeit. Sachsen-Anhalt braucht dringend Lehrkräfte. Dass der „Markt“ dafür leergefegt ist, zeigt der Umstand, dass viele Stellen trotz Ausschreibung nicht besetzt werden konnten. Es wäre Wahnsinn, wenn wir nun auch noch Lehrerinnen und Lehrer, die wir schon im Schulsystem haben, durch auslaufende Befristungen verlieren. Das können wir uns



Zu Besuch beim Sprachunterricht (Foto privat)

schlichtweg nicht leisten. Unsere Landtagsfraktion hat deshalb in der Septembersitzung des Landtages einen Antrag eingebracht, dass die Sprachlehrkräfte die das wollen in den Schuldienst übernommen werden und dann in dem Maße, wie der Bedarf für Sprachunterricht abnimmt, Fachunterricht erteilen können. In den Ausschüssen deutete sich ein Kompromiss an.

Im Anschluss war die Abgeordnete in der Pastamanufaktur „Frescola Pasta“ und sprach mit den Gründer\*innen Herrn Locci und Frau Kritzler. Der Italiener, der schon seit vielen Jahren in Deutschland lebt, vermisste die traditionelle gefüllte Pasta aus seiner Heimatregion und weil nur Jammern seine Sache nicht ist, beschloss er, hier in Bernburg selbst hochwertige Pasta herzustellen. Seit Dezember 2015 kann man die frische Pasta aus qualitativ hochwertigen Zutaten, möglichst aus der Region, kosten – ohne Zusatz- oder Konservierungsstoffe. Am Nachmittag fand der 2. Teil der Ladentour statt. Die Idee dazu wurde im vergangenen Winter geboren. Langjährige Erfahrungen zeigten, dass die Bürgersprechstunden nicht gut besucht werden. Deshalb hat Birke

Bull-Bischoff nach einer Form gesucht, wie sie mit Bürgerinnen und Bürgern ins Gespräch kommen kann, um herauszufinden, was sie der Politik mit auf den Weg geben wollen, was auf den Nägeln brennt. Ein Versuch bestand darin, in die Läden zu gehen, um mit den Angestellten oder mit Kundinnen und Kunden ins Gespräch zu kommen. Second-Hand-Shop, Friseurgeschäft und Apotheke waren diesmal die Stationen. Erfahrungen mit der Selbständigkeit, mit dem Mindestlohn, mit den Rahmenbedingungen vor Ort waren die Themen. Eine durchweg positive Erfahrung für sie und Sabine Dirlich, die sie als Vorsitzende der Kreistagsfraktion begleitete.

Der letzte Termin fand im Füreinander-Laden statt. Kleiderspenden werden hier eigenverantwortlich von ehrenamtliche Kräften und 1-Euro-Joberinnen aufgearbeitet und gegen ein kleines Entgelt an die Frau oder den Mann gebracht. Der Laden ist dringend auf Kleiderspenden angewiesen. Bei Bedarf werden sie auch zu Hause abgeholt.

Jana Lankau,

Wahlkreismitarbeiterin MdL Birke Bull

## Jan Korte unterwegs mit Christina Buchheim

In seiner Wahlkreiswoche im November war MdB Jan Korte mit seiner Landtagskollegin Christina Buchheim in Köthen und der Stadt Südliches Anhalt unterwegs. In Pfaffendorf erwartete sie Herr Meurer, Geschäftsführer der Hof Pfaffendorf Molkerei GmbH & Co. KG, die seit Anfang des Jahres selbsthergestellte Milchprodukte in der Region direkt vermarktet. Über 600 Kühe produzieren jeden Tag Milch, die in der eigenen Molkerei weiterverarbeitet wird. Die Geschäfte laufen bereits gut an und auch für die Zukunft hat der junge Geschäftsführer noch einige gute Ideen.

Im Köthener Wahlkreisbüro wartete anschließend Herr Rauchfuß vom Kleingartenverein „Am Stadion“ auf Abgeordneten. Er hatte die beiden bereits vor einigen Wochen angesprochen, weil es Probleme beim Rück-



Die Abgeordneten auf dem Pfaffendorfer Hof (Foto privat)

bau der Gartenanlage gibt, die zu großen Teilen leer steht. Die Frage des Rückbaus aufgrund von Leerstand stellt sich ja überall in Ostdeutschland, weshalb Christina Buchheim und Jan Korte bereits mit einer Petition beim Landtag bzw. einer Kleinen Anfrage

an die Bundesregierung tätig geworden sind.

Auch Frank Malitte vom BVMW - Bundesverband mittelständische Wirtschaft war am am Wahlkreistag noch im Büro der Abgeordneten zu Gast. Er vertritt über 200 mittelständische Unternehmen in der Region und diskutierte mit uns u. a. über den Mindestlohn.

Eine Bürgersprechstunde durfte natürlich auch nicht fehlen: Zur Feierabendzeit war auch trotz klirrender Kälte viel los am Info-stand in der Köthener Fußgängerzone. Neben der großen Politik ging es wieder um ganz persönliche Anliegen der Bürgerinnen und Bürger.

Jörg Lemmert,

Wahlkreismitarbeiter MdB Jan Korte

# Bernburger BO besuchte Friedensfahrtmuseum

Man kann das öfter tun, es verändert sich ständig, es kommen immer wieder neue Exemplare dazu. Wir, als Basisgruppe Bernburg „Talstadt“, hatten uns vorgenommen das Friedensfahrtmuseum in Klein-Mühlingen zu besuchen. Uwe Käthner organisierte für den 29. Oktober diesen Besuch. Leider bestand von Seiten unserer Mitglieder wenig Interesse, so dass wir dann mit nur 10 Interessierten anwesend waren. Es war aber trotzdem ein gelungener Nachmittag.

Der Genosse Schäfer, Leiter dieses Museums, hatte für uns eine Tafel mit Kaffee und Kuchen zum Empfang vorbereitet und schon hierbei entspann sich eine rege Diskussion über Erlebnisse über die vielen Jahre, in denen die Friedensfahrt stattfand.

Ein längerer Filmabriss „50 Jahre Friedensfahrt“ erweckte bei uns allen Friedensfahrerlebnisse. Wir sahen aber auch, unter welchen Bedingungen die Fahrer damals gefahren sind, mit welchem Material, mit welchen Wetterbedingungen, wie die Ausrüstung der Fahrer war, die Verpflegung und Unterkunft, und mit welcher Begeisterung, unter dem Motto „für den Frieden“, in den drei Ländern Polen,

DDR, Tschechoslowakei, mit internationalen Teilnehmern gefahren wurde. Und wie immer wieder tausende Zuschauer an den Wegstrecken standen.

Immer mehr war der Gedanke aufgekommen, all diese schönen Ereignisse für die Nachwelt zu erhalten. Die Sammelleidenschaft des Genossen Horst Schäfer bedingte, dass dieses schöne Erinnerungs-Museum auf ehemals alter Scheune zum Neubau entstand, wobei Täve Schur hierzu leidenschaftlich beigetragen hat. Täve, der immer noch im 86. Lebensjahr aktiv im Rennsattel sitzt.

Die erstmals im Mai 1948 von Warschau nach Prag durchgeführte Fahrt, sollte eine Fahrt für den Frieden werden. 1950 beteiligten sich erstmals eine DDR-Mannschaft und die weiteren Jahre führte die Tour dann auch durch die DDR. 1955 gewinnt dann Täve erstmals die Friedensfahrt und in der Folge weitere.

Mit der Friedensfahrt verbunden, ergeben sich solche bekannten Namen, wie Jan Vesely, Bernhard Trefflich, Klaus Ampler, Steffen Wesemann, Bernhard Eckstein, und viele internationale Fahrer, aber auch Olaf Ludwig und Jan Ullrich nahmen daran teil, die dann ins Profi-Lager wechsel-

ten.

In der folgenden Führung durch das Museum konnten wir uns von den vielen gespendeten Exemplaren der ehemaligen Friedensfahrer überzeugen. Viele Siegerpokale, Orden und andere Siegerehrungen sind dort gesammelt, viele Rennräder, angefangen vom Laufrad, Trainingsrad bis zum super-leichten Carbonrad, und die Abschnitte der Baugeschichten sind dort zu bestaunen. Wir konnten aber auch feststellen, dass dieses schöne Museum nicht nur Museum ist, sondern auch Treff- und Versammlungsstätte aller Radinteressierten, Vereine, Schulklassen usw.

Dieser Rückblick machte deutlich, wie unter den Bedingungen der sozialistischen Ziele solch eine „Fahrt für den Frieden“ möglich war, diese leider in der heutigen BRD an den Finanzen scheitert oder wahrscheinlich auch am politischen Willen.

All diese Tätigkeiten erfolgen ehrenamtlich und finanziert durch Spenden, und die „gute Seele“ ist Horst Schäfer. Wir bedanken uns nochmals bei ihm, wünschen weiterhin gutes Gelingen und vor allem: der Gedanke „für den Frieden“ muss erhalten bleiben.

*Hella Käthner, BO Bernburg Talstadt*

# Bundesweiter Vorlesetag auch wieder in Güsten

Der bundesweite Vorlesetag fand bereits zum 13. Mal statt. Er erreichte eine neue Rekordbeteiligung: Mehr als 130.000 Vorleserinnen und Vorleser - damit 20.000 mehr als 2015 - beteiligten sich daran. Der Fraktionsvorsitzende der LINKEN im Stadtrat Güsten und Stellvertretende Ortsvorsitzende der LINKEN Saale-Wipper Ernst Hermann Brink war wieder in der Kindertagesstätte „Pünktchen“ im Güstener Ortsteil Osmarsleben dabei. Hier las er ausgewählte Märchen der Gebrüder Grimm in der Gruppe „Lernstrolche“ von Barbara Lohe vor. Nachdem die Kinder das Märchen vom „Tischlein deck dich, Goldesel und Knüppel aus dem Sack“ gehört hatten, beantworteten sie alle Fragen nach den Berufen der Söhne, was aus dem Schneider oder dem Wirt geworden ist. Dies zeigt, dass sie alle sehr aufmerksam zugehört haben. Der Kommunalpolitiker Ernst Brink unterstützt das bundesweite Vorlesen bereits seit 2013, da er den Kindern eine Welt neben Computerspielen und Handys näher bringen will. Kinder sollen eine positive Einstellung zum Lesen gewinnen. Gemeinsames Lesen und Vorlesen macht Spaß, regt die Fantasie an und



*Vorlesetag in der Kita (Foto privat)*

fördert nebenher auch die Lesekompetenz und Sprachentwicklung. Jugendliche, denen in ihrer frühen Kindheit vorgelesen wurde, entwickeln einen ausgeprägten Gerechtigkeitssinn, Verantwortungsgefühl, Fantasie, Sprachkompetenz und haben nachweislich bessere Chancen auf einen erfolgreichen Bildungsweg. Der Vorlesetag ist eine gute Imagewerbung für eine der wichtigsten und schönsten Kulturtraditionen: „Deutschland - das Land der Dichter und Denker!“

*Ernst H. Brink, Stellv. Ortsvorsitzender DIE LINKE Saale-Wipper*

# Infostand in Staßfurt

Am traditionellen Ort führten die Mitglieder des Ortsverbandes ihren Infostand im November durch.

Kalender und Kugelschreiber von Jan Korthe und weiteres Material von der Bundestagsfraktion wurden beim Wochenmarkt auf dem Benneckschen Hof gerne angenommen.

Eine Reihe von Gesprächen bezogen sich auf die bevorstehende, äußerst undemokratisch empfundene Bundespräsidentenwahl. Dem Spitzenkandidat der Koalition haben Einige sein Mitwirken bei Hartz IV noch nicht vergessen. Den Vorschlag von uns bewerten viele als ein Signal der Partei zur Lösung der sozialen Probleme und zu einem Weg zu einer gerechten Gesellschaft.

Auch kommunalpolitische Probleme, wie nicht ausreichende Busanbindung zum Stadtzentrum oder das Zusammenschrumpfen des Krankenhauses zu einer Altenabteilung, obwohl es dort beste technische Bedingungen und eine gute Erreichbarkeit gibt, waren Themen.

Auch gab es wieder Bekundungen uns schon immer gewählt zu haben und das auch zukünftig tun zu wollen.

*Klaus Magenheimer, Ortsvorsitzender DIE LINKE Staßfurt*

**Kreisvorstand und Redaktion gratulieren im Dezember recht herzlich**

Zum 93. Geburtstag  
Beate Köthe

Zum 90. Geburtstag  
Gerda Wesemann

Zum 84. Geburtstag  
Franz Walter

Zum 83. Geburtstag  
Karin Zeißig

Zum 82. Geburtstag  
Waltraud Engel

Zum 80. Geburtstag  
Franz Meier

Zum 60. Geburtstag  
Angela Orecho  
Hartwig Münch



**Sitzung des Kreisvorstandes**

Der Kreisvorstand tagt wieder am 14.12.2016 um 18 Uhr im Fraktionsbüro in Staßfurt.

**„Kaffee mit Links“**

Am 14.12.2016 findet ab 16 Uhr das nächste Kaffee mit Links im Bernburger Bürgerbüro statt.

**DU hast was zu sagen: DIE LINKE hört zu!**

Wir arbeiten am Programm zur Bundestagswahl 2017: am Programm der Hoffnung. Was muss drin sein? Mach mit:

[www.die-linke.de/wahlprogramm2017](http://www.die-linke.de/wahlprogramm2017)

**Korrektur**

In der Ausgabe 11/16 ist uns leider ein Fehler unterlaufen. Auf Seite 4 war narzisstisch falsch geschrieben. Wir bitten diesen ehler zu entschuldigen.

**Wir wünschen allen Leserinnen und Lesern ein friedliches und erholsames Weihnachtsfest sowie ein gesundes und erfolgreiches neues Jahr.**

Kreisvorstand DIE LINKE  
Redaktion DLZ

**Vorweihnachtliche Infostände im Salzlandkreis**

In Güsten, Bernburg und Stafurt dürfen sich die Bürgerinnen und Bürger an den Infoständen der LINKEN im Dezember u.a. über Schokonikoläuse und Taschenkalender für das neue Jahr freuen:

**Güsten:**

24.12.2016 ab 10:00 Uhr vor  
EDEKA

**Bernburg:**

06.12.2016 ab 10:00 Uhr auf  
dem Karlsplatz

**Staßfurt:**

20.12.2016 ab 10:00 Uhr auf dem  
Benneckschen Hof

**Weihnachtsbasteln in Bernburg**

Am 13.12.2016 ab 15:30 Uhr im  
Wahlkreisbüro Bull-Bischoff/Korte  
(Kleine Wilhelmstraße 2b).

**Nachruf**

Wir sind tief betroffen vom Ableben unseres Genossen Dr. Klaus Berndt. In schwerster Zeit hat er sich jahrelang aktiv in die Arbeit der Kreistagsfraktion im damaligen Kreis Aschersleben-Staßfurt und unseres Ortsverbandes eingebracht. Wir sind froh, mit einem aufrechten Kämpfer für die gerechte Sache viele Jahre aufs Engste verbunden gewesen zu sein. Nur durch seine Krankheit war es ihm leider in den letzten Jahren nicht mehr möglich, seine reichen Erfahrungen einzubringen. Wir werden sein Andenken durch unser weiteres politisches Agieren in Ehren halten.

Kreisvorstand, Ortsvorstand Staßfurt,  
AG „Senioren“ Staßfurt

**Abwasserentsorgung fair und bezahlbar?**

Veranstaltung vom „kommunalpolitischen forum“ LSA, der Rosa-Luxemburg-Stiftung LSA und der Kreistagsfraktion DIE LINKE. am 14.01.2017 von 10 bis 14 Uhr im Theatercafé Staßfurt (Steinstraße 20). Referentin: MdL Kerstin Eisenreich.

**Haschisch Hass Hintergründe**

Einen Monat »nd« digital UND viermal gedruckt zum Wochenende: 10,-\*

Unser gedrucktes Ding zum Wochenende ist für politisch Interessierte ein echter Festtags-Happen. Rändvoll mit packenden Reportagen, kritischem Wirtschaftsteil, krass viel Kultur. Und zusammen mit dem werktags-lieber-Online-Abo der zeitgemäße Weg, auf dem Laufenden zu sein! Jetzt bestellen unter: [www.neues-deutschland.de/kombi](http://www.neues-deutschland.de/kombi) oder Tel. 030 2978 1800.

neues deutschland nd

**Sitzung der Fraktion DIE LINKE. im Kreistag Salzlandkreis**

Am 05.12.2016 ab 18:00 Uhr im Bernburger Wahlkreisbüro Bull-Bischoff/Korte (Kleine Wilhelmstraße 2b).

**Neujahrsempfang DIE LINKE Saale-Wipper**

Am 07.01.2017 laden wir wieder ab 18 Uhr zum Neujahrsempfang in den Gemeindesaal nach Amesdorf ein. Alle Interessenten sind herzlich eingeladen.

**MdB Jan Korte im Salzlandkreis**  
Am 05/06.12.2016 in ASL und BBG.

**DIE LINKE ZEITUNG**

**Herausgeber:**

Kreisvorstand DIE LINKE. Salzlandkreis  
[www.dielinke-salzlandkreis.de](http://www.dielinke-salzlandkreis.de)  
[dielinke-salzlandkreis@t-online.de](mailto:dielinke-salzlandkreis@t-online.de)  
Postfach 1104, 06391 Bernburg

**Redaktion :**

Jörg Lemmert (V.i.S.d.P),  
Klaus Magenheimer,  
Siegfried Mahlfeld,  
Stefan Deutschmann

**Satz + Layout:** Karsten Noack

Bei nicht vereinbarten und nach Redaktionsschluss eingegangenen Artikeln kann die Veröffentlichung nicht garantiert werden.